

Richtlinien der Stadt Wetter (Ruhr) für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen in der Jugendhilfe

Zur Vereinheitlichung von Verfahrensweisen innerhalb des Ennepe-Ruhr-Kreises konkretisieren diese Richtlinien die Finanzierung bestimmter Leistungen der Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe.

Grundsatz: Sind einmalige Beihilfen und sonstige Leistungen bereits in ihrer Höhe im SGB II geregelt, sollen die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe an diese Regelungen angepasst werden. Hintergrund: Die Leistungen nach dem SGB II stellen das Existenzminimum der Leistungsempfänger*innen sicher. Die Leistungsempfänger*innen nach SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) sollen diesen gleichgestellt werden, damit auch hier das Existenzminimum gesichert ist.

A Gliederung der unterschiedlichen Leistungen:

1. Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 19 – 21 SGB VIII)

- a) Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder (§19 SGB VIII)
- b) Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen (§20 SGB VIII)
- c) Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§21 SGB VIII)

2. Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (§§ 22 - 24 SGB VIII)

Die Ausgestaltung der Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (§§ 22 – 24 SGB VIII) erfolgt in einer separaten Richtlinie.

3. Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Krankenhilfe und Hilfe für junge Volljährige (§§ 27 – 41 SGB VIII)

- a) Flexible Erziehungshilfe (§§ 27 ff SGB VIII)
- b) Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII)
- c) Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII)
- d) Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 30 SGB VIII)
- e) Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)
- f) Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 i.V.m. § 39 SGB VIII)
- g) Vollzeitpflege (§ 33 i.V.m. § 39 SGB VIII)

- h) Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform (§ 34 i.V.m. § 39 SGB VIII)
- i) Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 i.V.m. § 39 SGB VIII)
- j) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a in Verbindung mit § 39 SGB VIII)
- k) Krankenhilfe (§ 40 SGB VIII)
- l) Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)

B Arten und Umfang der Hilfen:

1. Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 19 – 21 SGB VIII)

a) Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII)

Art:

Mütter oder Väter, die allein für ein Kind unter 6 Jahren zu sorgen haben, sollen gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut werden, wenn und solange sie aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung des Kindes bedürfen.

Die Betreuung schließt auch ältere Geschwister ein, sofern die Mutter oder der Vater allein für sie zu sorgen hat.

Eine schwangere Frau kann auch vor der Geburt des Kindes in der Wohnform betreut werden.

Umfang:

Notwendigkeit, Geeignetheit und Umfang der Leistung werden durch den Allgemeinen Sozialen Dienst festgestellt.

Die Höhe der Kosten dieser Hilfe richtet sich nach dem jeweils gültigen Rahmenvertrag gem. § 78 a – f SGB VIII und den durch die Entgeltkommission des jeweiligen Landes genehmigten oder mit dem Leistungsanbieter vereinbarten Leistungsentgelten.

Neben den Leistungsentgelten sind die gemäß Erlass des zuständigen Ministeriums festgesetzten Taschengeldsätze des jeweiligen Landes zu gewähren.

Die Bekleidungspauschale ist in Höhe der durch die Entgeltkommission des jeweiligen Landes festgesetzten Beträge zu gewähren.

Zusätzliche Leistungen können übernommen werden, soweit sie nach einem Hilfeplan pädagogisch notwendig sind.

Für Schwangere wird eine Beihilfe für Schwangerschaftsbekleidung in Höhe von bis zu 200,00 € gewährt. Zur Geburt des Kindes wird für dessen Bedarf eine Beihilfe in Höhe von bis zu 370,00 € sowie 130,00 € für einen Kinderwagen gewährt.

Die Höhe der weiteren eventuell zu gewährenden einmaligen Beihilfen richtet sich analog nach den Ziffern 2. g 3 - 7 und 9.

b) Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen (§ 20 SGB VIII)

Art:

Fällt ein überwiegend betreuender oder alleinerziehender Elternteil oder fallen beide Elternteile aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll das Kind im elterlichen Haushalt versorgt und betreut werden, wenn und solange es für sein Wohl erforderlich ist und soweit Angebote der Förderung des Kindes in Tageseinrichtungen oder Tagespflege nicht ausreichen. Nicht erforderlich ist die Hilfe, wenn eine andere im Haushalt lebende Person die Betreuung übernehmen kann.

Umfang:

Notwendigkeit, Geeignetheit und Umfang der Leistung werden durch den Allgemeinen Sozialen Dienst festgestellt.

Diese Hilfe ist nachrangig gegenüber Sozialleistungen anderer Träger. Sie soll in der Form geleistet werden, dass finanzielle Aufwendungen für die Betreuung und Versorgung des Kindes der eingesetzten Betreuungsperson erstattet werden. Der Betreuungsperson werden in der Regel Aufwendungen in Höhe des monatlichen Pauschalbetrages für Vollzeitpflege der Altersstufe des ältesten zu betreuenden Kindes erstattet. Bei einer Betreuung von mehr als zwei Kindern wird für jedes weitere Kind zusätzlich ein halber Pauschalbetrag der jeweiligen Altersstufe gezahlt. Die Leistung der Jugendhilfe soll dabei auf Unterstützung und nicht auf Ersetzung der elterlichen Erziehungsverantwortung gerichtet sein. Beim Einsatz von Fachkräften der freien Jugendhilfe hängt die Höhe der Geldleistungen von den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten ab.

c) Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 SGB VIII)

Art:

Ist wegen der beruflichen Tätigkeit und des damit verbundenen ständigen Ortswechsels der/des Personensorgeberechtigten die Erfüllung der Schulpflicht nicht sichergestellt und deshalb eine anderweitige Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen erforderlich, so haben die Personensorgeberechtigten Anspruch auf Beratung und Unterstützung.

Umfang:

Notwendigkeit, Geeignetheit und Umfang der Leistung werden durch den Allgemeinen Sozialen Dienst festgestellt.

In geeigneten Fällen können die Kosten der Unterbringung in einer für das Kind oder die/den Jugendliche/n geeigneten Wohnform einschließlich des notwendigen Unterhalts sowie die Krankenhilfe übernommen werden, wenn und soweit dies dem Kind oder der/dem Jugendlichen und ihren/seinen Eltern aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 91 - 94 SGB VIII nicht zuzumuten ist. Die Kosten können über das schulpflichtige Alter hinaus übernommen werden, sofern eine begonnene Schulausbildung noch nicht abgeschlossen ist, längstens aber bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. Die Höhe der Kosten dieser Hilfe richtet sich nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

2. Förderung von Kindern in Tagespflege (§ 23 SGB VIII)

Die Ausgestaltung der Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (§§ 22 – 24 SGB VIII) erfolgt in einer separaten Richtlinie.

3. Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Krankenhilfe und Hilfe für junge Volljährige (§§ 27 – 41 SGB VIII)

Grundlage für die Gewährung und Ausgestaltung der nachstehenden Hilfen ist die Aufstellung eines Hilfeplanes (§ 36 SGB VIII).

a) Flexible Erziehungshilfe (§ 27 SGB VIII)

Art:

Unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalles kann eine Hilfe zur Erziehung auch über den Umfang der Hilfen nach § 28 – 35 SGB VIII hinaus gewährt werden.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

b) Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII)

Art:

Zur Klärung und Bewältigung familienbezogener Probleme werden Personensorgeberechtigte, andere Erziehungsberechtigte und deren Kinder an Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste vermittelt.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII)

Art:

Zur Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen soll älteren Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit ermöglicht werden.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

d) Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 30 SGB VIII)

Art:

Der Erziehungsbeistand und der Betreuungshelfer sollen das Kind oder den Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes unterstützen und unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Verselbständigung fördern.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

e) Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)

Art:

Durch die Sozialpädagogische Familienhilfe soll eine intensive Betreuung und Begleitung von Familien in ihren Erziehungsaufgaben zur Lösung von Konflikten und Krisen erfolgen. Diese Hilfe ist in der Regel auf längere Dauer angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familie.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

f) Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII)

Art:

Mit dem Ziel, den Verbleib des Kindes oder des/der Jugendlichen in ihrer/seiner Familie zu sichern, soll durch den Besuch einer Tagesgruppe die Entwicklung des Kindes oder der/des Jugendlichen unterstützt werden.

Umfang:

Der Umfang der Leistungen richtet sich nach der pädagogischen Notwendigkeit des Einzelfalles, die Höhe der Kosten dieser Hilfe nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten.

g) Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)

Art:

Vollzeitpflege ist entweder eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform in einer anderen Familie. Bei der Suche einer geeigneten Familie soll Rücksicht auf die Persönlichkeit des Kindes bzw. des/der Jugendlichen genommen werden. Dabei müssen die Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie berücksichtigt werden.

Umfang:

Bei der Gewährung dieser Hilfe wird der notwendige Lebensunterhalt des Kindes bzw. der/des Jugendlichen durch Leistung eines monatlichen Pauschalbetrages, der

durch das zuständige Ministerium festgelegt ist, sichergestellt. Der notwendige Lebensunterhalt umfasst auch die Kosten der Erziehung.

Der Pauschalbetrag wird zum Ersten eines jeden Monats ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich auf das Konto der Pflegeeltern. Wird der/die Minderjährige im Laufe eines Monats in der Pflegefamilie aufgenommen, wird der Pauschalbetrag in der Regel für diesen Monat anteilig ab Aufnahmetag auf der Grundlage von 30 Tagen im Monat gewährt. Endet die Unterbringung innerhalb eines Monats, wird für diesen Monat der volle Pauschalbetrag gewährt, es sei denn, es handelt sich um eine von vornherein befristete Unterbringung. Tritt ein Pflegekind im Laufe eines Monats in eine andere Altersgruppe ein, so ist der Pauschalbetrag für diese Altersgruppe vom Ersten dieses Monats an zu gewähren.

In besonderen Einzelfällen kann einer über das normale Maß erheblich hinausgehenden Erziehungsleistung der Pflegeeltern, z. B. bei erheblich verhaltensschwierigen, verhaltensgestörten oder behinderten Kindern/Jugendlichen, durch angemessene Aufstockung des im Pauschalbetrag enthaltenen Erziehungsbeitrages, in der Regel auf dessen zweifache Höhe, Rechnung getragen werden. Die Notwendigkeit der Aufstockung ist bei jeder Hilfeplanung erneut zu prüfen und festzuhalten und dementsprechend mit einer Befristung zu versehen.

Bei einer vorübergehenden anderweitigen Unterbringung (Kurmaßnahme, Krankenhausaufenthalt usw.) wird der Pauschalbetrag in der Regel bis zu einem Monat nach Ablauf des Monats, in dem die anderweitige Unterbringung beginnt, weitergezahlt. Sofern feststeht, dass der/die Minderjährige in die Pflegefamilie zurückkehrt, werden ab Beginn des zweiten Monats bis zur Rückkehr 50 % des im Pauschalbetrag enthaltenen Anteiles für materielle Aufwendungen weitergewährt.

Außerdem haben Pflegepersonen Anspruch auf Erstattung von nachgewiesenen und angemessenen Aufwendungen sowohl für eine Unfallversicherung als auch hälftig für eine Alterssicherung. Der Betrag zu einer Unfallversicherung wird bis zu einer Höhe des Beitrages zur gesetzlichen Unfallversicherung als angemessen anerkannt. Die Kosten der Alterssicherung werden in Höhe des halben Mindestbeitrages zur gesetzlichen Alterssicherung erstattet.

Ergänzend zum Pauschalbetrag können für besondere Anlässe einmalige Beihilfen gewährt werden:

1. Auf Antrag wird für die Erstausrüstung eine einmalige Beihilfe bis zur Höhe von 850,00 € gewährt. Der Pflegekinderdienst stellt unter Berücksichtigung des individuellen Bedarfs, der jeweiligen Verhältnisse in der Pflegestelle sowie der voraussichtlichen Dauer der Unterbringung die Erforderlichkeit und den Umfang der Beihilfe fest. Als Nachweis für die Verwendung der Beihilfe kann im Einzelfall die Vorlage der Ausgabebelege gefordert und die Gewährung der Beihilfe mit einem Eigentumsvorbehalt verbunden werden. Bei erstmaliger Unterbringung kann auf Antrag zusätzlich eine Bekleidungsbeihilfe gewährt werden. Die Höhe der Beihilfe beträgt für Kinder unter 14 Jahren bis zu 476,00 Euro, nach Vollendung des 14. Lebensjahres bis zu 553,00 Euro. Die Beihilfe wird dem Kind gewährt und kann daher in der Regel bei einem Pflegestellenwechsel nicht erneut gewährt werden.
- 1.1 Für die erstmalige Ausstattung einer Bereitschaftspflegestelle wird auf Antrag eine Pauschale in Höhe von bis zu 1.200 € gewährt.

2. Für Kinder/Jugendliche in Vollzeitpflege wird von Amts wegen für alle im laufenden Jahr stattfindenden Ferienmaßnahmen zum 01.07. des Jahres eine Ferienbeihilfe in Höhe von 350,00 € gezahlt.
3. Für Klassenfahrten werden auf Antrag die Kosten für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung, jedoch kein Taschengeld, übernommen. Eine entsprechende Bestätigung der Schule ist vorzulegen.

Kosten für Tagesfahrten mit der Schule werden auf Antrag und gegen Vorlage einer Bestätigung der Schule übernommen.

4. Bei Einschulung eines Kindes wird auf Antrag eine Beihilfe in Höhe von 250,00 € gewährt, beim Wechsel auf eine weiterführende Schule weitere 150,00 €.
- 4.1 Beim Wechsel an eine weiterführende Schule wird auf Antrag eine Beihilfe zur Anschaffung von digitalen Endgeräten (PC, Tablet etc.) in Höhe von bis zu 300,00 € gewährt. Sollte eine solche Anschaffung bereits in der Grundschule notwendig sein, ist von der Grundschule zu bestätigen, dass die Anschaffung für die Teilnahme am Unterricht zwingend erforderlich ist. In beiden Fällen ist eine Bestätigung der Schule vorzulegen, dass kein Leihgerät zur Verfügung steht.
- 4.2 Die Kosten für die Anschaffung eines von der Schule vorgegeben Taschenrechners für den Mathematikunterricht in der Oberstufe werden ebenfalls auf Antrag gegen Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der Schule übernommen.
5. Auf Antrag werden die Kosten für Nachhilfeunterricht in Höhe von bis zu 100,00 € monatlich übernommen, sofern durch die Schule bestätigt wird, dass das Lernziel / die Versetzung gefährdet ist und die Schule über keine Möglichkeiten der Lernförderung verfügt. Dem Antrag ist somit eine Stellungnahme der Schule beizufügen, aus der hervorgeht, in welche Art und Weise und in welchen Fächern das Erreichen des Lernziels und der Versetzung gefährdet sind und wie die Versetzungsvoraussetzungen erreicht werden können, sowie eine Bestätigung darüber, dass die Schule selbst über keine Möglichkeiten der notwendigen Lernförderung verfügt.
6. Bei Taufe/Erstkommunion/Konfirmation des Kindes/Jugendlichen oder bei vergleichbaren Anlässen wird auf Antrag eine Beihilfe in Höhe von bis zu 250,00 € gewährt. Finden mehrere Anlässe innerhalb von 12 Monaten statt, so wird die Beihilfe nur einmal gewährt.
7. Für Kinder/Jugendliche in Vollzeitpflege wird von Amts wegen eine jährliche Weihnachtsbeihilfe in Höhe des am Unterbringungsort zu gewährenden Betrages gezahlt, im Ennepe-Ruhr-Kreis in Höhe von 50,00 €.
8. Werden Besuchskontakte über das übliche Maß von Umgangskontakten (mehr als 2 x monatlich) erforderlich, können die notwendigen Fahrtkosten des Kindes bzw. der/des Jugendlichen oder der Eltern bzw. des Elternteiles ganz oder teilweise übernommen werden, wenn diesen die Aufbringung der Mittel nicht möglich ist und kein anderer Leistungsträger die Fahrtkosten übernimmt. Das Maß und die Notwendigkeit der Besuchskontakte, ist bei der Hilfeplanung festzuhalten. Für die Erstattung der Fahrtkosten werden in der Regel nur die Kosten des preisgünstigsten öffentlichen Verkehrsmittels anerkannt. Sofern die Nutzung eines PKW erforderlich ist, werden die Fahrtkosten in Höhe von 0,30 € pro gefahrenem Kilometer (Hin- und

Rückfahrt für die kürzeste Strecke) erstattet.

9. Verlässt ein*e Leistungsempfänger*in eine Familienpflegestelle um einen eigenen Hausstand zu begründen, kann ihm auf Antrag eine Beihilfe für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen grundsätzlich bis zur Höhe von 1.600,00 € gewährt werden.

Sollte bei Anmietung der Wohnung eine Mietkaution zu hinterlegen oder ein Genossenschaftsanteil zu zahlen sein, werden diese gegen Vorlage einer Bescheinigung des Vermieters / der Wohnungsgesellschaft in voller Höhe übernommen.

h) Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform (§ 34 SGB VIII)

Art:

Durch die stationäre Unterbringung in einer Einrichtung der Jugendhilfe (Heimerziehung) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll eine Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen erfolgen. Dabei soll unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Kindes oder der/des Jugendlichen und den Möglichkeiten der Verbesserung der Bedingungen in der Herkunftsfamilie

- eine Rückführung in die Familie angestrebt werden,
- die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet werden oder
- eine auf längere Zeit angelegte Lebensform geboten und auf
- ein selbständiges Leben vorbereitet werden.

Umfang:

Die Höhe der Kosten dieser Hilfe richtet sich nach dem jeweils gültigen Rahmenvertrag gemäß § 78 a – f SGB VIII und den durch die Entgeltkommission des jeweiligen Landes genehmigten oder mit dem Leistungsanbieter vereinbarten Leistungsentgelten.

Neben den Leistungsentgelten sind die durch die zuständige Stelle des jeweiligen Landes festgesetzten Taschengeldsätze zu gewähren.

Entsprechend den Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege NRW (LAGÖF) vom 11.11.2022 in Bezug werden folgende monatlichen Bekleidungs pauschalen gewährt:

- 0 – unter 6 Jahre 50,87 €
- 6 – unter 14 Jahre 42,19 €
- 14 – unter 18 Jahre 50,20 €
- ab 18 Jahre 50,20 €.

Künftige Anpassungen werden übernommen.

Zusätzliche Leistungen können übernommen werden, soweit sie nach dem Hilfeplan pädagogisch notwendig oder aus anderen Gründen unabweisbar sind.

Die Höhe der eventuell zu gewährenden einmaligen Beihilfe richtet sich analog nach den Ziffern B 3. g 3 - 9.

Bei erstmaliger Unterbringung kann auf Antrag eine Bekleidungsbeihilfe gewährt werden. Die Höhe der Beihilfe beträgt für Kinder unter 14 Jahren bis zu 476,00 Euro, nach Vollendung des 14. Lebensjahres bis zu 553,00 Euro.

Beihilfen für **Urlaubs- und Ferienreisen** können im begründeten Einzelfall bis zur Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gewährt werden, wenn es sich nicht um geschlossene Maßnahmen der Einrichtung handelt und die Maßnahme dem Hilfeplan entspricht.

i) Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII)

Art:

Diese Hilfe soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Die Hilfe ist in der Regel auf längere Zeit angelegt und soll den individuellen Bedürfnissen der/des Jugendlichen Rechnung tragen.

Umfang:

Hilfe zur Erziehung in einer betreuten Wohnform kann sowohl in einer entsprechenden Einrichtung als auch in einer eigenen Wohnung außerhalb einer Einrichtung gewährt werden. Wird die Hilfe in einer Einrichtung gewährt, gestaltet sich die Kostenübernahme analog zu Ziffer B 3. h.

Im Rahmen der Hilfestellung außerhalb einer Einrichtung können folgende Kosten übernommen werden:

- Fachleistungsstunden nach den mit den Leistungsanbietern vereinbarten Leistungsentgelten
- notwendiger Lebensunterhalt in Höhe der Leistungen nach dem SGB XII
- Einrichtungsbeihilfe (siehe Ziffer B 3 g 9)
- Taschengeld (siehe Ziffer B 3 h))
- Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel, wenn sie im Zusammenhang mit Schule oder Berufsausbildung stehen
- Kosten für Klassenfahrten (siehe Ziffer B 3. g 3)
- Beihilfe bei Eintritt in das Berufsleben (siehe Ziffer B 3. g 6)
- Weihnachtsbeihilfe (siehe Ziffer B 3 g 7)
- Für Sonderbedarf bei Bekleidung gelten die Empfehlungen der Landeskommision Jugendhilfe NRW in der jeweils gültigen Fassung.

k) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII)

Art:

Kindern und Jugendlichen, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, ist Eingliederungshilfe zu gewähren. Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall

1. in ambulanter Form,
2. in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,
3. durch geeignete Pflegepersonen und
4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen

geleistet.

Umfang:

Die Höhe der Kosten dieser Hilfe orientiert sich an den jeweils gültigen Sätzen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit des Ennepe-Ruhr-Kreises, soweit sie nicht entsprechend dem Hilfeplan mit einzelnen Anbietern vereinbart wird.

Die Kostentragung für stationäre Eingliederungshilfe gestaltet sich analog zu Ziffer B 3. h.

I) Krankenhilfe (§ 40 SGB VIII)

Art:

Im Rahmen der Hilfen nach Ziffern B 1. a, B 3. g – i, B 3. k 3, B 3. k 4 und B 3. m ist – soweit erforderlich - Krankenhilfe zu leisten.

Vorrangig sind angemessene Krankenversicherungsbeiträge zu übernehmen.

Umfang:

Soweit kein Krankenversicherungsverhältnis besteht, ist Krankenhilfe grundsätzlich im Umfang der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu gewähren. Über das Maß der gesetzlichen Krankenversicherung hinausgehende Leistungen können unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalles erbracht werden, soweit sie aus ärztlicher Sicht zwingend erforderlich sind.

Dies gilt insbesondere für die Übernahme der Kosten einer Sehhilfe, wobei zu erstattende Kosten von mehr als 100,00 € in der Regel nicht übernommen werden.

Krankenversicherungsbeiträge sind nur insoweit angemessen, als sie erforderlich sind, um Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu erhalten. Zusätzliche Leistungen, wie z. B. Krankenhaustagegeldversicherung, Zusatzversicherung für Unterbringung im 1- und 2-Bett-Zimmer sind von der Beitragsübernahme ausgeschlossen.

m) Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)

Art:

Einer/einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist und dieser seiner Mitwirkungspflicht nachkommt.

Umfang:

Wird unter den Voraussetzungen des § 41 SGB VIII eine Hilfe für junge Volljährige gewährt, so erfolgt die Finanzierung der Hilfemaßnahme in der Regel unter entsprechender Anwendung der Ziffern B 3. b – d und g – l. Die Hilfe wird nur auf schriftlichen Antrag gewährt.

C Heranziehung

Die Heranziehung zu den Kosten für stationäre und teilstationäre Leistungen erfolgt nach den gemeinsamen Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und nach der Kostenbeitragsverordnung in der jeweils gültigen Fassung.

D Schlussbestimmungen

Generalklausel

In begründeten Einzelfällen können ergänzende Entscheidungen zu den obigen Richtlinien getroffen werden.

Fortschreibung der Richtlinien

Die Richtlinien werden regelmäßig fortgeschrieben.

Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten nach der Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss der Stadt Wetter (Ruhr) zum 01.01.2024 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt verlieren alle bisher diese Sachverhalte regelnden Richtlinien ihre Gültigkeit.

Die Durchführung der Richtlinien obliegt der Verwaltung des Jugendamtes.